

PREISSTEIGERUNGEN

Entlastung für Krisenfolgen jetzt!

Immer mehr Krisenbewegungen dieses Systems stehen mit mindestens einem Fuß in unseren Haus- und Wohnungstüren.

Die Corona-Pandemie ist immer noch nicht ausgestanden, der Pflegenotstand schreitet weiter vor sich hin, wird aber gekonnt von der Bundesregierung seit vielen Jahren ignoriert. Währenddessen sind 100 Mrd. Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr für den Porscheminister Lindner und die Ampelkoalitionäre kein Problem. Es ist alles eine Frage der Prioritäten.

Falsche Prioritätensetzung

Aber wie schaffen wir es, dass die Regierungspolitik endlich die Prioritäten der ärmeren Mehrheit dieser Gesellschaft in den Blick nimmt, außer wenn es um Stromspar- und Duschtipps geht. Wann wird sich endlich mit der sozialen und ökologischen Notlage in unserer Gesellschaft effektiv auseinandergesetzt? Die Forderung, das 9-Euro-Ticket zu verlängern, kritisiert ebendieser Minister als „Gratismentalität“. Ein sozialer

Staat würde für uns die benötigte soziale Infrastruktur schaffen, die für alle erschwinglich ist: im Bereich Gesundheit, im Bereich Mobilität, beim Thema Wohnen und den Grundbedarfen wie Heizen, Strom und Nahrungsmittel. Und das zu Preisen, sodass der ärmere Teil der Gesellschaft nicht in permanenter Schnappatmung leben muss, weil die Anträge vom Amt auf Entlastung seit drei Monaten nicht bearbeitet werden.

Es geht auch anders

Andere Länder in Europa machen es vor, sie führen ein Klima-Ticket ein wie in Österreich, deckeln Gaspreise, führen Übergewinnsteuern ein. Und was ist in Deutschland los? Da will die FDP noch nicht einmal verstehen, was ein Übergewinn überhaupt ist. Studien zeigen, es könnte über 100 Mrd. in die deutschen Staatskassen spülen, allein im Energiesektor. Der wissenschaftliche Dienst der Bundesregierung sagt, eine Übergewinnsteuer in Deutschland sei rechtlich möglich. Sie muss aber auch gewollt sein und da diese Regierung bisher nicht gewillt ist, müssen wir sie eben mit Druck von

der Straße erkämpfen! Drei Viertel von uns sind laut Umfragen bereits dafür.

Die Energiekosten werden ab Herbst um ca. 40 % steigen. Es wird gesagt, dann müsse eben „der Gürtel enger geschnallt werden“. Aber viele Menschen insbesondere in Kassel, wo die Armutsquote besonders hoch ist unter Erwachsenen und Kindern haben schon lange nichts mehr, wo sie den Gürtel enger schnallen könnten.

Die Inflation ist auf dem Nachkriegs-Höchststand mit 8 %, aber die Löhne steigen nur um die Hälfte dessen. Ärmere Menschen sind von den steigenden Lebensmittel- und Energiepreisen dreibis viermal so stark betroffen, wie Menschen mit hohem Einkommen. Butter gibt es bei vielen bereits nicht mehr im Kühlschrank. Das reichste Prozent vereinigt 35 % des Vermögens auf sich, während die unteren 40 % fast gar kein Vermögen haben. Selbst eine kaputte Waschmaschine bringt viele Menschen hier in Deutschland in Bedrängnis.

20 % der arbeitenden Bevölkerung arbeiten in Deutschland im Niedriglohnsektor, Deutschland gehört hierbei ebenfalls zu den traurigen Spitzenreitern in Europa. Es gibt fast kein anderes Industrieland, in dem Vermögen so gering besteuert wird, wie in Deutschland. Das muss sich endlich ändern!

Was wir fordern

DIE LINKE fordert ein wirksames Entlastungspaket von 125 Euro im Monat pro Haushalt und 50 Euro für jedes wei-

bitte umblättern...

DIE LINKE.
Linksfraktion Kassel



Mobilität als soziale Frage - Demo zur Weiterführung des 9-Euro-Tickets am Bahnhof

tere Haushaltsmitglied für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen und die sofortige Erhöhung der Sozialleistungen um 200 Euro pro Monat. Jetzt müssen die Haushalte auch mal dran sein, anstatt solcher Irrflüge wie die geplante

Gasumlage auf Kosten der Verbraucher oder ein das Kasseler Einwohnerenergiegeld, das den Porschefahrer aus Wilhelmshöhe genauso behandelt, wie die alleinerziehende Mutter aus Kirchditmold.

Da bleibt nur zu sagen: Schämt euch! Entlastung JETZT und tax the rich! Wir sehen uns auf der Straße, denn es wird ein heißer Herbst.

Myriam Kaskel

BILDUNG

Raumnot an Kasseler Gymnasien

Kasseler Schulgebäude sind auch dreieinhalb Jahre nach dem letzten größeren Bildungsstreik oftmals kein guter Ort zum Lernen und Arbeiten.

Trotz großer Ankündigungen der Sanierung von vier Gesamtschulen und einer Berufsschule vor vier Jahren, trotz der von SPD und CDU kurz vor der letzten Kommunalwahl im Hauruckverfahren und ohne ernsthafte inhaltliche Debatte durchgedrückte Erweiterungsbauten für das Friedrichsgymnasium und das Wilhelmsgymnasium, trotz aller Fördermittel aus dem millionenschweren Bundesprogramm „KIP macht Schule“, geht es mit der Planung der angekündigten Sanierungen eher gemächlich voran. Und immer noch harrt das Problem der teilweise einsturzgefährdeten Reuterschule einer Lösung, klagen die Gesamtschulen über weiterhin marode Schulgebäude mit unzureichender Ausstattung und die Gymnasien über zunehmende Raumnot.

Der Unterschied ist allerdings, dass das Leiden an den unzulänglichen räumlichen Bedingungen in den Gesamtschulen weitgehend unbemerkt von der breiteren städtischen Öffentlichkeit bleibt, während die Raumsituation an den Gymnasien ausführlich in der Lokalpresse thematisiert und von Elternvertreter*innen, Kommunalpolitiker*innen und weiteren Unterstützer*innen in den Schulausschuss und die Stadtverordnetenversammlung getragen wird. So in den letzten Monaten insbesondere im Fall der Albert-Schweitzer-Schule und des Friedrichsgymnasiums. Diese sollen nun zur gemeinsamen Nutzung für zusätzliche Unterrichtsräume das Gebäude der alten Hauptpost an der Friedrich-Ebert-Straße erhalten. Nun ist die Unzufriedenheit in den Schulgemeinden immer noch groß, weil das Gebäude nicht zum Schuljah-

resbeginn, sondern erst zum zweiten Schulhalbjahr im Februar zur Verfügung stehen wird.

Situation selbstgemacht

Schön ist das nicht und die Betroffenen, die sich ein Halbjahr lang mit provisorischen Maßnahmen wie zeitversetztem Unterricht und Online-Lernen arrangieren müssen, sind nicht zu beneiden. Aber die große und durchsetzungsstarke Lobby der beiden Gymnasien übersieht dabei zweierlei: Erstens ist die Situation zumindest im Fall des Friedrichsgymnasiums hausgemacht. Das eigentlich von Schüler*innen aus der Stadt Kassel seit vielen Jahren unterangewählte altsprachliche Gymnasium rekrutiert seine Schüler*innenschaft zu rund 40 Prozent aus dem Landkreis. Damit wird ein völlig antiquiertes Modell klassischer Bildung samt Latein und Altgriechisch als profilbildende Fremdsprachen konserviert. Der in den letzten Jahren verstärkte Run auf die Gymnasien bescherte der Schule eine zusätzliche Nischeneexistenz als dritte Wahl für all diejenigen Stadtkinder, die am Wilhelmsgymnasium oder der Albert-Schweitzer-Schule keinen Platz ergattern konnten. Der nur dadurch überhaupt mögliche fünfzügige Ausbau erfolgte jedenfalls gegen den ausdrücklichen Rat des Amts für Schule und Bildung, das dringend empfahl, bei vierzügigen Jahrgängen am FG zu bleiben. Und wer mehr Schüler*innen aufnimmt und Klassen bildet, als räumliche Kapazitäten zur Verfügung stehen, muss sich über Raummangel nun mal nicht wundern.

Im Fall der Albert-Schweitzer-Schule ist der Fall etwas anders gelagert, denn hier war die Lobbyarbeit wohl einfach nicht nachhaltig genug. Obwohl die ASS das einzige Kasseler Gymnasium mit nachweislich mehr oder weniger stark sanierungsbedürftiger Gebäudesubstanz ist,

wurde sie in keinem der Sanierungsprogramme der letzten Jahre mit größeren Mitteln berücksichtigt. Insgesamt belegt die aktuelle Fortschreibung des Gebäudesanierungsprogramms der Stadt Kassel, dass im Durchschnitt der Sanierungsbedarf an den Gesamtschulen erheblich über dem der Gymnasien liegt.

Gesamtschulen stärken

Und das ist dann auch schon der zweite Punkt: Eine von Aufstiegs Erwartungen, Abstiegsängsten und dem Wunsch nach sozialer Abgrenzung getriebene Schulwahl vieler Kasseler Eltern führt dazu, dass die Gymnasien zunehmend von Schüler*innenmassen überschwemmt werden, während die meisten Gesamtschulen zu Restschulen der sozioökonomisch benachteiligten Unterklassen degradiert werden. Daraus ergeben sich notwendigerweise in der Konsequenz Massenbetrieb und Raummangel auf der einen und ausgeprägte soziale Schieflagen, pädagogische Überforderung und eine scheiternde Inklusion auf der anderen Seite. Statt diesen Trend mit einer räumlichen Ausweitung und der Errichtung finanziell extrem aufwendiger Erweiterungsbauten an den besonders gefragten Gymnasien noch zu befeuern, müsste es darum gehen, die Schuleinwahlen stärker in Richtung gymnasialer Schulplätze an anderen Schulen zu steuern und energisch die Gesamtschulen zu stärken, die übrigens auch ein gymnasiales Bildungsangebot beinhalten. Mit dieser bildungspolitischen Stoßrichtung macht man sich im Kasseler Bildungsbürgertum momentan wenig Freund*innen, sorgt aber für mehr Bildungsgerechtigkeit. Ob die grüne Bildungsdezernentin und der, gerne seine Verbundenheit mit dem Wilhelmsgymnasium hervorhebende, Oberbürgermeister dazu bereit sind? Ich zweifle daran.

Lutz Getzschmann

RASSISMUS/KOLONIALISMUS

Interview mit kassel postkolonial

Wie seid ihr als Gruppe in Kassel gerade aktiv?

Uns gibt es seit 2015, wir sind eine Kombination von Aktivistis der Uni Kassel, der Kunsthochschule, der Initiative 6. April und weiteren Personen. Wir bieten regelmäßig postkoloniale Stadtrundgänge an, bei denen man Kassels koloniale Vergangenheit und Gegenwart kennenlernen kann. So haben Kasseler Bürger*innen die Möglichkeit „ihr Kassel“ nochmal ganz anders kennenzulernen: dass es nicht nur Provinz war, sondern ganz intensiv in die koloniale Landnahme und in den kolonialen Rassismus eingebettet war. Eine große Rolle spielt hier auch das Leben schwarzer Menschen in Deutschland insbesondere in puncto Bergpark Wilhelmshöhe, wo sie in der Armee dienen oder bei Hofe arbeiten mussten.

Gerade jetzt zur documenta 15 bieten wir viele Rundgänge auf Deutsch und Englisch an. Wir sind auch bei dem Projekt global erinnern beteiligt gemeinsam mit anderen Gruppen wie Köln postkolonial oder Berlin postkolonial. Hierfür wurden digitale Landkarten und Rundgänge erstellt. Auch bei dem Projekt Wissensspeicher waren wir dieses Jahr mit dabei, wo 100 Projekte, die in Kassel besonders spannend sind, sichtbar gemacht werden.

Wie ist Eure Meinung und Infostand zu dem Thema Straßenumbenennung in Kassel?

Die Debatte um Straßenumbenennungen gibt es in Deutschland schon lange, zu Beginn insbesondere mit dem Thema Nationalsozialismus. Das Thema nahm dann 2020 noch mal sehr an Fahrt auf, als in vielen Ländern Kolonialstatuen gekippt wurden und Black Lives Matter aufkam. Dann wurde auch in Kassel, wie in vielen anderen Städten auch intensiver darüber diskutiert, warum es z. B. immer noch eine Wissmannstraße hier gibt, der ja kolonialer Feldherr war. Wir finden das sehr problematisch, dass seit die Grünen die Initiative angestoßen haben, de facto nichts mehr passiert ist und Kassel als Stadt seine Möglichkeit verspielt, ein gutes Vorbild zu sein. Auch der Sömmeringplatz in Kirchditmold beispielsweise

se sollte durch ein emanzipatorisches Vorbild ersetzt werden. Sömmering hat in Kassel rassistische Menschenexperimente durchgeführt und auch Sezierungen an Körpern schwarzer Menschen vorgenommen, um damit eine Rassenhierarchie zu begründen. Nach so jemandem sollte aus unserer Sicht kein Platz benannt bleiben.

Wie nehmt ihr die mediale Berichterstattung zur Documenta 15 dieses Jahr wahr?

Die documenta 15 hat viel Aufsehen erregt im Positiven wie auch Negativen. Ich finde es dringend geboten, dass breit und ausführlich diskutiert wird, wie es zu den antisemitischen Darstellungen kam, wieso das niemand vorher gemerkt hat. Dabei stecken wir alle gemeinsam in einem globalen Lernprozess wie uns Antisemitismus heute begegnet und wie wir dagegen angehen können. Die Berichterstattung ist sehr unterschiedlich gelaufen. Ich hatte den Eindruck, dass die HNA sich da sehr viel Mühe gegeben hat, differenziert zu berichten, und das ist auch in der deutschen überregionalen Presse wahrgenommen worden. Es gab aber auch eine Reihe Medienhäuser, wo die documenta regelrecht nie-

dergesprochen wurde, bei denen die fünfjährige Arbeit des ruangrupa Kollektivs unsichtbar gemacht wurde und vor allem die vielen sehr interessanten herrschaftskritischen und kosmopolitischen Experimente übersehen worden sind. In den Medien ist weitgehend übersehen worden, dass die documenta sehr partizipativ angelegt ist, dass es hochaktuelle politische Kunst ist. Es geht dort intensiv um die Klimakrise, Umweltzerstörung, um solidarische Praxen, um subversive Kunstprojekte aus dem globalen Süden, wie aus Haiti oder die Black Archives aus Amsterdam, die sich mit schwarzen Perspektiven auf Kunst und Kultur beschäftigen. Diese vielen sehr spannenden Vorhaben sind total in den Hintergrund geraten und das finde ich extrem bedauerlich. Das wäre nicht nötig, da hätte ich mir in weiten Teilen der Medien eine differenziertere Berichterstattung gewünscht, die Antisemitismus klar kritisiert und sich für eine Aufarbeitung einsetzt und die gleichzeitig die vielen tollen Initiativen ebenfalls beherzigt.

Das Interview mit Franziska Müller von kassel postkolonial führte Myriam Kaskel.



Adolf Lüderitz legte den Grundstein für den Völkermord an den Herero und Nama

SOZIALES

Alleinerziehende in Not

Die meisten Alleinerziehenden haben sich nicht gezielt für diese Familienform entschieden, sondern sie ist aus der Notsituation geboren.

Sei es, dass der andere Elternteil nicht vorhanden ist oder nicht für die gemeinsame Kindererziehung harmoniert. Insbesondere um häuslicher Gewalt vorzubeugen, muss es selbstverständlich sein, dass die Elternteile nicht in finanzielle Abhängigkeit des Partners geraten und das Leben mit ihren Kindern nach ihren eigenen individuellen Bedürfnissen gestalten können.

Stellvertretend für diese Familien möchte ich eine Kurzfassung meiner Erfahrungen im Sozialleistungssystem teilen. Dies ist kein Einzelfall, sondern ein grundsätzliches Problem. Anfang 2019 bin ich nach langjähriger Erkrankung in HARTZ-4 gefallen und habe direkt unter diesen Auflagen für mein Kind und mich eine Wohnung suchen müssen. Der Sacharbeiter hat mir mitgeteilt, dass uns nur die Angemessenheitsgrenze für zwei Personen zustehe. Wir zwei benötigen eine 3-Zimmer-Wohnung, damit jeder von uns ein eigenes Schlafzimmer hat und einen gemeinsamen Raum für unser familiäres Leben brauchen wir auch. Zu dem geforderten Höchstpreis habe ich jedoch fast nur 2-Zimmer-Wohnungen

gefunden. Die erste und eigentlich auch einzige kostenkonforme Wohnung ist wegen fehlender Heizkostenangaben gleich abgelehnt worden. Eine Prognose der Städtischen Werke hat nicht gereicht. Eine überarbeitete Fassung des Mietangebotes ist in der Behörde verschwunden. Nur weil die Vormieter mir netterweise ihre Abrechnung gegeben haben, ist das Angebot abgesegnet worden. Das alles hat so lange gedauert, dass der Vermieter die Wohnung hat anderweitig vermieten müssen. Weiter ist mir gesagt worden, dass mögliche Doppelmietern nicht übernommen würden. Auch andere Behörden haben sich nicht ordnungsgemäß verhalten. Beispielsweise steht Alleinerziehenden beim Wohnberechtigungsschein meist ein Zimmer mehr zu, aber dies ist uns nicht direkt zugestanden worden. Nur durch Nachforschung und energisches Einfordern haben wir immerhin dort den Mehrbedarf erhalten. Das Vorgehen ist durch die wenigen vorhandenen Sozialwohnungen begründet worden.

Eine monatelange Eigenrecherche hat ergeben, dass es ein Gerichtsurteil gibt, dass besagt, dass einige Kinder im Sozialleistungsbezug nicht der Bedarfsgemeinschaft zugehören. So steht der Familie ein wenig mehr Geld zum Wohnen zu. Doch fallen auch bei dieser Regelung Familien durch das System. Das Jobcen-

ter muss Ermessen ausüben, wenn der Markt keine familiengerechte Wohnung für sie bietet. Es ist absolut unzumutbar, dass Menschen all das allein herausfinden und gegen behördlichen Unwillen durchsetzen müssen, insbesondere wenn die Nachweise so schwer zu erbringen sind.

Gerade für die Unterkunftskosten für Alleinerziehende gibt es eine einfache Lösung, einen Wohnraummehrbedarf. Der Landkreis Kassel ist dafür ein Positivbeispiel. Unser Jobcenter weigert sich aber, ihn zu gewähren. Mir gegenüber ist geäußert worden, dass damit die Hürde zu groß wäre, die Hilfebedürftigkeit zu überwinden. Stattdessen wird der Bedarf von Alleinerziehenden geleugnet. In den vergangenen Jahrzehnten sind zigtausende Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung gefallen und nicht einmal 6000 sind übrig geblieben. Genau aus diesem Grund ist der Mehrbedarf notwendig, weil zu den geforderten Preisen kaum eine familiengerechte Wohnung auf dem Markt zu finden ist. Allein in der Stadt Kassel leben ca. 2000 Alleinerziehende im Sozialleistungsbezug. Die wenigsten kennen ihr Recht auf höhere Kosten der Unterkunft. Daher fordern die Solidarische Erwerbsloseninitiative Kassel, DIE LINKE und weitere Bündnisse die Anerkennung dieses Mehrbedarfs als Mindestlösung, weil familiäres Leben Raum braucht.

Jenny Schirmer

UMWELT

Auf dem Weg zur Klimaneutralität 2030?

Letztes Jahr die Flutkatastrophe im Ahrtal, dieses Jahr ausgetrocknete Flüsse und Dürre – die Klimakatastrophe betrifft immer mehr auch unsere Regionen.

Wirksame Maßnahmen dagegen lassen dennoch auf sich warten oder erfolgen viel zu langsam, gerade weil die Konzerne als Hauptverursacher nicht angefasst werden. In Kassel verursachen Unternehmen derzeit gut 56 % der Treibhausgas-Emissionen. Wäre es gelungen den Ausbau erneuerbarer Energien in der Vergangenheit entschlossener voranzutreiben, müssten nun viele keinen

kalten Winter angesichts der steigenden Preise fürchten.

Noch acht Jahre – bis dahin will Kassel klimaneutral sein. So wurde es auf Druck aus der Zivilgesellschaft vor drei Jahren beschlossen. Seitdem vergeht kaum eine Sitzung im Rathaus, in der nicht auf dieses Ziel verwiesen wird. Mit zahlreichen Akteuren aus der Wissenschaft, der Klimabewegung, aber auch der Wirtschaft wurde seitdem diskutiert, Pläne entworfen, Berechnungen angestellt. Inzwischen liegt eine Klimaschutzstrategie vor, die vor allem deutlich macht, wie umfassend der notwen-

dige Umbau der Gesellschaft ist. Doch der gut 80-seitigen Strategie fehlt es an glaubhaften und angemessenen Umsetzungsschritten. Schon allein das Ansinnen am Steinweg auf 230 Metern einen Verkehrsversuch für Radfahrer*innen durchzuführen, führte zum Bruch der grün-roten Koalition. Grünsatzung? Wir warten. Solarsatzung? Wir warten. Gesundes Mittagessen in Schulen? Es sei kompliziert. Maßnahmen gegen den unzureichenden Bodenschutz? Man müsse erst prüfen...

Es geht um Klimagerechtigkeit!

Als Linksfraktion sehen wir unsere

Aufgabe darin, immer wieder auf die Mängel hinzuweisen, wie etwa bei unökologischen und unsozialen Neubauvorhaben. Wir bringen Vorschläge ein, wie Kassel beispielsweise bei den weiter steigenden PKW-Zahlen eine Kehrtwende erreichen kann: durch den Ausbau von Radwegen, Bus und Bahn, günstigere Ticketpreise und Zurückdrän-

gung des Autoverkehrs. Unsere Aktion für eine autofreie Innenstadt stieß dabei auf sehr positive Resonanz bei den Besucher*innen. Das 9-Euro-Ticket hat vielen erstmals Mobilität ermöglicht. Hier gilt es anzuknüpfen, auch durch Investitionen in Personal und Infrastruktur. Wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel erfordern einen radikalen sozial-

ökologischen Umbau der Gesellschaft. Wird lediglich auf E-Autos, Solaranlagen am Eigenheim und Bio-Essen gesetzt, werden nicht nur die Ziele verfehlt, sondern die soziale Spaltung verstärkt. Wir setzen uns daher auf allen Ebenen für klimagerechte Maßnahmen ein – denn die „Würde“ des Profits ist antastbar!

Violetta Bock

DOCUMENTA

Ist das Kunst oder kann das weg?

Ein ausgelutschter Satz, aber vielleicht bei der diesjährigen documenta aktueller denn je.

Dafür gibt es viele Gründe: Zum einen will die Antisemitismus-Debatte einfach kein Ende nehmen und wird in unregelmäßigen Abständen neu befeuert, ohne dabei ernsthaft in den Dialog zu treten. Aber auch die Kritik an den Arbeitsbedingungen der Angestellten der documenta und Museum Fridericianum gGmbH und die Kommunikation mit Kurator*innen, Künstler*innen, Berater*innen und Kunstvermittler*innen wird stark kritisiert. Weiterhin werden Beschilderungen von Kunstwerken und vielerorts der Fokus auf die englische Sprache genannt, wenn es um das Negative an der documenta fifteen geht. Eine Künstlerin verließ die Ausstellung samt ihrem Kunstwerk – gab es das überhaupt schon mal? Die Geschäftsführung wurde in der laufenden Ausstellung ausgetauscht. Und dann natürlich noch der Streit zwischen dem Bund, dem Land und dem Oberbürgermeister der Stadt Kassel darüber, wer eigentlich das Sagen auf der documenta hat. Man kann meinen, die Negativschlagzeilen sind der Untergang der documenta fifteen.

Aber nein – die Besucher*innen strömen zur Ausstellung. Viele sind interessiert an dem kollektiven Konzept, das mehr als Kunst und Kultur ist – „make friends not Art“, so lautet die Devise des Kurator*innenkollektivs ruangrupa.

Und das merkt man auch. Wer eine Ausstellung mit schönen Bildern zum Anschauen sucht, der ist falsch auf dieser documenta. Es gibt wenig konkret Fassbares, wenig Wohlfühlkunst – es geht um Diskurs, Interaktion, gemeinsames Miteinander, voneinander lernen, miteinander lernen. Das Praktizieren von lumbung, welches auf dieser documenta im Vordergrund steht, ermöglicht eine

alternative Ökonomie der Kollektivität, des gemeinsamen Ressourcenaufbaus und der gerechten Verteilung. lumbung basiert auf Werten wie lokaler Verankerung, Humor, Großzügigkeit, Unabhängigkeit, Transparenz, Genügsamkeit und Regeneration.

Kritik an der documenta gab es immer und wird es immer geben, ohne Kritik ist die Kunst tot. Aber dieses Mal überlagert die Kritik die Inhalte. Liegt es an der klaren antikapitalistischen und postkolonialen Ausrichtung dieser Ausstellung, die denjenigen Menschen eine Plattform bietet, die bisher wenig Zugänge und Teilhabe erleben durften? Besonders die Politik spielt eine schwierige Rolle – einerseits die Betonung auf die künstlerische Freiheit – andererseits das laute Rufen nach mehr Mitbestimmung. Der Bund will mehr Mitbestimmungsrechte, wobei dieser Teil des Aufsichtsrats ist: Im Gegensatz zu kleineren Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung, die keinerlei Zugang zu internen Prozessen der documenta haben. Das Hinzuziehen von Berater*innen wird plötzlich vom Aufsichtsrat entschieden, nicht von der

künstlerischen Leitung.

Zählt bei der documenta nun die Freiheit der Kurator*innen, oder verkommt sie zu einer gesponserten Kunstveranstaltung, bei der die Geldgeber die Bedingungen stellen? Etwa die Kasseler Sparkasse als Hauptsponsor der documenta oder andere Geldgeber aus der Politik.

Auch diesmal heißt es, wie beim letzten Mal, wie politisch die Documenta sei und es wird gefragt wo die Grenzen zwischen Kunst und Politik verlaufen. Es gibt keine! Gerade eine Ausstellung der zeitgenössischen Kunst ist politisch! Politik ist Leben und Kunst kommt aus dem Leben. Hier werden Erfahrungen, Eindrücke und Erlebtes verarbeitet – natürlich ist das politisch. Es liegt so vieles im Argen und das bekommen wir als Kunstkonsument*innen aktuell in Kassel geballt vor die Füße geworfen. Marginalisierte Gruppen, Rechte von Indigenen Bevölkerungen, Postkolonialismus, Sexismus, Ausbeutung ganzer Völker und Länder, Klimawandel, ... Ja das ist nicht schön anzusehen. Aber eine documenta, die nur Bilder aufhängt, die schön anzusehen sind. Ja, die kann weg!

Stephanie Schury



Verhüllung der Großbildes von Taring Padi

WOHNEN

Verlässlich, bezahlbar und klimagerecht

Auch in Kassel steigen die Mieten - und die Renditen für Immobilienspekulanten.

Dagegen hilft es wenig, wenn immer neue Stadtvillen gebaut werden, die sich die meisten gar nicht leisten können. Wir wollen die besonders unterstützen, die auf kleinem Fuß leben und damit der Umwelt wenig schaden. Wir wollen soziale und ökologische Gerechtigkeit zusammen bringen.

Breitscheidstraße Kassel:

Die städtische Baugesellschaft GWG plant hier am Stadthallengarten ein neues Wohnquartier. Das Motto lautet Nachverdichtung. Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und Sozialwohnungen sollen dabei entstehen und eine fette Tiefgarage. So weit, so lala. Was aber echt schlecht ist dabei: auf dem Gelände stehen bereits Mehrfamilienhäuser und die sollen abgerissen werden. In den 36 preisgünstigen Wohnungen leben viele Menschen – bunt gemischt und manche seit 40 Jahren. Es ist ihr zu Hause! Wollen Sie den Bewohner*innen helfen? Schreiben Sie eine E-Mail an: mietervereinigung-breitscheidstr@gmx.de.

Die Linke unterstützt die Mieter*innen-Initiative. Mit Initiativen im Stadtparlament und mit einer öffentlichen Diskussion im Stadtteilzentrum. Wir meinen, dass ein solches Vorhaben weder sozi-

al noch ökologisch sinnvoll ist. Die Häuser müssen gepflegt werden, damit dort möglichst lange gut und günstig gewohnt werden kann. Das gilt auch für die Häuserzeile in der Rembrandtstraße.

Milieuschutz endlich umsetzen!

2016 haben wir es in die Diskussion gebracht, 2020 gab es endlich einen Beschluss der StaVo: mit einer Milieuschutz-Satzung sollen Stadtteile vor Luxusmodernisierung und Verdrängung geschützt werden. Aber die ist immer noch nicht auf den Weg gebracht. Aber für die Anträge von Immobilieninvestoren ist die Verwaltung fleißig. Im Februar haben wir verlangt, dass endlich das Beschlossene umgesetzt wird, aber Grün-Rot will dem Magistrat vertrauen – egal wie lang es dauert.

Klimafreundlich bauen

Immerhin bekam einer unserer Anträge eine Mehrheit – eine der Maßnahmen, die der Klimaschutzrat empfiehlt: Dass beim Bau von städtischen Gebäuden mehr Holz statt Beton verwendet wird und dass der Klimaschutz besonders zu beachten ist – bei allem was dazu gehört. Da das Baugewerbe erheblich zum CO₂-Ausstoß beiträgt ist eine Bauwende nötig.

Solarpflicht für Energiewende

Sonnenenergie ist neben Wind die wich-

tigste Form preiswert und klimaschonend zu Wärme und Strom zu kommen. Im Vergleich zu Gaspipelines, Bergwerken oder Betonbauten ist der Aufwand gering, vor allem wenn möglichst viele Dächer genutzt werden. In ist das nur ein winziger Teil. SPD und Grüne wollen Gebäudebesitzer mit einer Solarsatzung verpflichten, bei Neubau und bei großen Dachsanierungen Solaranlagen zu installieren. Die CDU hat Gewerbeflächen und öffentliche Gebäude ergänzt. Alles gut, aber nicht genug. Wir müssen alle Gebäude einbeziehen. Das Solarkataster zeigt, dass sehr viele Dächer geeignet wären. Wenn Eigentümer nicht selbst investieren, könnten Energiegenossenschaften Zugriff auf die Fläche bekommen. Die hessische Landesverfassung verpflichtet die Verwaltungen zur Nachhaltigkeit und die Eigentümer zum Gemeinwohl. Wann, wenn nicht jetzt? Leider wurde unser Anliegen abgelehnt.

Nothilfe für Nebenkosten

Im HNA-Interview (22.12.21) spricht der Rentner Gerd Schäfer existenzielle Sorgen an, die mit der Kälte und den steigenden Preisen in diesem Winter zunehmen. Er selbst zieht in eine kleinere Wohnung, um Kosten zu sparen. Es ist ungerecht, dass Mieterinnen und Mieter mit kleinem Geldbeutel Angst haben vor der nächsten Heizkostenrechnung. Ob viel oder wenig Energie verbraucht wird, hängt vor allem davon ab, ob Fenster dicht, Wände warm, oder Decken gedämmt sind. Darüber entscheiden allein die Vermieter - und daran sollte sich perspektivisch etwas ändern.

In der Zwischenzeit ist aber schnelle Hilfe nötig. 200.000 Euro hatte die Linksfraktion mit einem Haushaltsantrag für den Nothilfe-Fonds beantragt. Die Stadt soll einspringen, wenn Mieterinnen und Mieter hohe Nebenkostenzahlungen (oder die Kautions für eine neue Wohnung) nicht stemmen können. Unbürokratisch soll es dafür zinslose Darlehen geben. Leider abgelehnt. Immerhin hat die StaVo-Mehrheit auf unseren Antrag beschlossen, über Energiearmut und über Strom- und Gassperren in Kassel zu beraten.

Sabine Leidig



Sollen Platz machen für neues Wohnquartier: 36 Wohnungen in der Breitscheidstr.

PARTEI

Unser Kreisvorstand stellt sich vor

Caro Gindl

„Nach einem intensivem Kommunalwahlkampf 2019 bin ich seit 2021 Mitglied des Vorstands. Mir liegt die Vernetzung der verschiedenen Akteure und Aktiven innerhalb und außerhalb der Partei am Herzen. Dadurch können wir Veranstaltungen, Demos, Infostände oder Kreismitgliederversammlungen gut geplant und organisiert umsetzen. Ich arbeite in Kassel am Theater.“



Myriam Kaskel

„Ich bin 32 Jahre alt und alleinerziehende Mutter von zwei Kindern. 2016 bin ich in Thüringen in die Partei eingetreten und habe dort auch zweitweise in der Landtagsfraktion als Referentin für Wirtschafts- und Wissenschaftsthemen gearbeitet. Mir liegt vor allem das Thema Vernetzung vom Kampf gegen Kapitalismus, Armut, Klimawandel und (intersektionale) Diskriminierung am Herzen. Manche nennen es auch verbindende Klassenpolitik. Besondere Freude bereitet es mir neue Formate zu entwickeln und auf die Straße zu bringen mit die Frage, wie wir Menschen fern unseres üblichen Dunstkreises in den ärmeren Stadtteilen Kassels für die LINKE begeistern können. Seit Februar diesen Jahres arbeite ich im Rathaus.“

Caelum

„Ich bin 22 Jahre alt, meine Pronomen sind mensch oder they/them. Ich bin seit zwei Jahren Mitglied in der Partei Die LINKE und beschäftige mich in der Partei, in meinem Soziologiestudium und meinem täglichen Aktivismus mit Sozialen Kämpfen. Dabei ist mir, als nicht-binärer und queerer Person, besonders die Sichtbarkeit und Repräsentation von queeren Menschen und queeren Kämpfen wichtig. Diese Perspektive bringe ich auch in die Parteiarbeit mit ein.“



Tobias Schottstädt

„Ich möchte mich im Vorstand der LINKEN für eine bessere Vernetzung und Digitalisierung einsetzen und ebenfalls an der Optimierung, Planung und Kommunikation innerhalb der Partei und im Onlinebereich einbringen. Auch möchte ich unsere Aktiventreffen auf verschiedenen Themengebiete erweitern und eine offene Tür für Interessierte anbieten. Beruflich bin ich in der IT-Branche unterwegs.“

Christine Stein

„Vorstandsarbeit bedeutet für mich, die verschiedenen Initiativen und Arbeitsgruppen in ihrem politischen Aktivismus zu unterstützen. Als Mitgliederverantwortliche sehe ich mich als Ansprechpartnerin für alle Mitglieder, insbesondere Neumitglieder und Interessierte möchte ich dafür gewinnen, sich bei uns im Kreisverband zu engagieren. Zurzeit arbeite ich an der Uni Bayreuth im Bereich Musiktheater.“



Oliver Schulz

„Dies ist bereits meine Zweite Legislatur als Vorstandsmitglied, ich freue mich über den starken Zuwachs im Vorstand und möchte auch in diesem Jahr wieder die Partei nach Kräften unterstützen und wo es möglich ist, meine Expertise einbringen. Ich arbeite beim AstA als Kulturreferent und im Bestattungswesen.“

Peter Freitag gehört dem Kreisvorstand als Schatzmeister an.

Kontakt:

DIE LINKE Parteibüro Kassel
Schillerstr. 21, 34117 Kassel
Tel.: 0561/9201503
E-Mail: info@die-linke-kassel-stadt.de

Bürozeiten:

Montag 14:00 – 16:00 Uhr
Dienstag 14:00 – 18:00 Uhr
Donnerstag 10:00 – 14:00 Uhr
Freitag 10:00 – 14:00 Uhr



DIE LINKE in Nordholland

Dauerbrenner Toilettenanlage

Die Forderung nach einer öffentlichen Toilettenanlage besteht schon seit vielen Jahren. Wir als Nordstadt-Linke sind der Meinung, dass die Einwohner der Nordstadt eine öffentliche Toilette verdienen.

Die Einwohner wollen auch diese Anlage, wie eine Unterschriftensammlung im Jahr 2018 beweist. Trotz geringem Zeitaufwands haben wir mehr als 800 Unterschriften hierfür gesammelt und der Stadt übergeben. Spätestens seitdem wurde der Bau versprochen. Bisher blieb es dabei, jedoch wurden die Versprechungen konkreter. Sie soll in der Nähe des Biergartens Boreal gebaut werden, zunächst provisorisch, mit Abwasserrohren. Wie man erkennen kann, lohnt sich der Kampf. Wir werden im Ortsbeirat weiter für eine vollständige Umsetzung kämpfen,.

Kemal Altun gedacht

Auch andere unsere Kämpfe lohnten sich. In der Nordstadt erhielt im Frühjahr 1988 der Platz vor den als Kulturzentrum genutzten Gebäuden des ehemaligen Schlachthofes inoffiziell den Namen Kemal-Altun-Platz. An der Seitenwand des Schlachthofgebäudes wurde ein Relief des türkischen Bildhauers Eyüp Öz angebracht, das auf das Schicksal Altuns Bezug nimmt. Es zeigt eine Hand, die in Ketten gelegt ist und eine Rose hält. Zusammen mit der darunter angebrachten Inschrift „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht (Art. 16.2.2 GG)“ soll es an die hoffnungslose Situation von Abschiebehäftlingen erinnern. Unser Ortsvorsteher Ali Timtik hat im April 2021 den Kemal-Altun-Platz offiziell eingeweiht.

Radwege sicher ausbauen

Wir kämpfen ebenfalls für eine Fahrrad-

straße, die ihren Namen auch verdient. Eine der Schlüsselstellen in Kassel ist die gefährliche und unübersichtliche Kreuzung Fiedlerstraße, Eisenschmiede und Bunsenstraße. Zwar ist die Fiedlerstraße bereits seit 2017 als Fahrradstraße ausgewiesen. Im September 2020 wurde zudem noch ein Parkplatzstreifen entfernt und die Fiedlerstraße auch als Vorfahrtsstraße für Radfahrer mit rot markierten Einmündungsbereichen kenntlich gemacht. Weil diese Kreuzung sowohl für Fahrradfahrer als auch für Fußgänger gefährlich ist, werden wir weiterhin für eine Ampelanlage dort kämpfen.

Wir werden weiterhin das tun, was wir am besten können, nämlich sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch, für die Lebensqualität der Anwohner unseres Stadtteils kämpfen.

Steve Lavan

regelmäßige Angebote und Aktuelles

Sozialsprechstunde und Sozialberatung

Die wöchentliche Sozialsprechstunde findet mittwochs ab 14 Uhr im LINKE-Büro in der Schillerstr. 21 in Kassel statt. Tel. 0561 / 9201503

Die wöchentliche Sozialberatung der Linksfraktion im Rathaus findet bis auf weiteres telefonisch statt. Rechtsanwältin Fr. Kathrin Fuchs steht donnerstags von 14 -16 Uhr außerhalb der Ferien unter der Rufnummer 0561 787 3314 für Fragen rund um Soziales und ALG II zur Verfügung.

Das Aktiventreffen der LINKEN steht auch allen interessierten Nichtmitgliedern offen. Dieses findet donnerstags um 18 Uhr im Parteibüro in der Schillerstr. 21 statt.

Das „Elterncafé“ findet am letzten Sonntag des Monats statt. Der Ort des Treffens ist auf der Kreisverbandswebsite unter www.die-linke-kassel-stadt.de/termine aufgeführt.

Jeden Mittwoch trifft sich die Linksjugend [´solid] ab 18 Uhr. Infos unter: linksjugend_kassel_stadt@riseup.net

Aktuelles aus der Kommunalpolitik:
kasselerrathausblog.wordpress.com

Aktuelle Termine für Kassel unter:
www.linksfraktion-kassel.de/termine



Abhängig von der Pandemielage finden Termine eventuell nur telefonisch oder per Videokonferenz statt. Infos unter den angegebenen Kontaktmöglichkeiten.



Impressum linKS zeitung

Herausgeber	Fraktion DIE LINKE, Obere Königsstr. 8, 34117 Kassel
Telefon	0561 - 7873315
E-Mail	info@linksfraktion-kassel.de
Web	www.linksfraktion-kassel.de
Redaktion	Jens Meyer
V.i.S.d.P.	Lutz Getzschmann
Druckerei	Thiele&Schwarz GmbH, Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel
Auflage	8.000

LINKSZEITUNG

www.linkszeitung.de bezeichnet sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung die Verwendung des Namens erlaubt.